



Neben der grundsätzlich Integrativen Schulung sollen im Aargau auch regionale Kleinklassen und teilseparative Modelle ermöglicht werden.  
Foto: Christoph Imseng.

## Positive Wende für die Integration

**Integration.** Die Motionen, die die Integrative Heilpädagogik im Kanton Aargau wieder abschaffen wollten, wurden zurückgezogen oder in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelt. Die Gemeinden haben also weiterhin die Wahl, Kinder mit Lernschwierigkeiten integrativ oder in Kleinklassen zu unterrichten.

Die Aufregung und Empörung in Fachkreisen, Schulen und vielen Gemeinden war gross, nachdem bürgerliche Parteien Vorstösse eingereicht hatten, um die integrative Schulform zugunsten von Kleinklassen zu verbieten. Schulen und Gemeinden sollte die Freiheit genommen werden, selber zu entscheiden, welche Lösung ihrer Situation am besten entspricht. Gerade diejenigen Parteien, die die Subsidiarität regelmässig hochhalten und neuen Gesetzen, die Freiheiten beschränken, sehr kritisch gegenüberstehen, wollten die Schulen vor Ort in ihrer Selbstbestimmung beschneiden und mit unnötigen Vorschriften bevormunden.

Intensive Gespräche zwischen den Bildungsverbänden, dem Departement für Bildung, Sport und Kultur (BKS), der

Pädagogischen Hochschule (PH FHNW) und den Parteien haben dann glücklicherweise dazu geführt, dass eine Lösung gefunden werden konnte, die den Status quo nicht nur erhält, sondern diesen sogar verbessert, sofern die Versprechen des Departements auch umgesetzt werden. Alle Beteiligten stimmten in diesen Diskussionen in einem Punkt überein: Die Art und Weise, in der heute die Integrative Schulung im Kanton Aargau umgesetzt wird, hat neben positiven Aspekten auch noch Schwächen. Speziell die Probleme an der Realschule gaben zu vielen Diskussionen Anlass, aber auch die starre Regelung, wonach sich jede Gemeinde für oder gegen die Integration entscheiden muss, bedarf der Überprüfung. Die Postulate, die die Regierung bereit war, mit präzisierenden Erklärungen entgegenzunehmen, und die schliesslich auch mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen wurden, könnten dabei helfen, diese Schwachpunkte der Integration zu beheben.

Ganz im Sinne der Schulen und der Lehrpersonen ist die vom Regierungsrat geäusserte Absicht, die Abklärungs- und Förderprozesse für die Schülerinnen und

Schüler mit individuellen Lernzielen zu vereinfachen. Eine Konzentration auf die administrativen Belange hat die Qualität der Schule noch nie verbessert, jedoch die Arbeitszeit der Lehrpersonen unnötig belastet.

### Für jedes Kind den richtigen Ansatz wählen

Alle einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen haben aufgezeigt, dass die Resultate des integrativen Modells generell besser sind als bei separativer Schulung. Vor allem bei der späteren Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft und in den Arbeitsprozess sind klare Unterschiede zugunsten der schulischen Integration feststellbar. Trotzdem muss diese pauschale Aussage nicht für jedes einzelne Kind in jeder Phase seiner Entwicklung zutreffen. Die Geschäftsleitung des alv unterstützt deshalb den Vorschlag der Regierung, die Flexibilität der Schulen zu erhöhen, indem parallel zur Integrativen Schulung auch regionale Kleinklassen und teilseparative Modelle ermöglicht werden sollen. So können die Verantwortlichen für jedes einzelne Kind den aktuell richtigen Ansatz wäh-

## Aktive Berufspolitik und handlungsorientierte Sprachtherapie

len, den Ansatz, der ihm die beste Förderung verspricht.

### Mehr Teamteaching an der Realschule

Ein spezielles Augenmerk wollen Regierung und Departement auf die Realschule richten. Integrative Schulung in einer grundsätzlich separativen Oberstufe hat einen paradoxen Aspekt. Bei dieser grossen Herausforderung und in diesem Dilemma müssen die Jugendlichen und die Lehrpersonen der Realschule stärker unterstützt werden, wobei nur wenig erprobte und konkrete Lösungsansätze zur Verfügung stehen.

Die GL des alv schlägt angesichts dieser offenen Ausgangslage vor, Modelle des Teamteachings zu überdenken und zu erproben. Dadurch wären auch an der Realschule Klassen mit mehr Schülerinnen und Schülern möglich. Zudem könnte unter Umständen auf einen Teil der Einzeltherapien verzichtet werden. So würde mit wenig zusätzlichem finanziellem Aufwand eine Betreuungssituation geschaffen, die mehr Ruhe in den schulischen Alltag brächte. Didaktisch oder disziplinarisch herausfordernde Situationen könnten von einem Tandem, das die Klasse führt, besser bewältigt werden. Für alle Jugendlichen der Realschule könnte so ein zielführender Unterricht gewährleistet werden. Das Beispiel des beschriebenen Prozesses zeigt, dass im Diskurs und mit der Bereitschaft, von dogmatischen Haltungen abzuweichen, bessere Lösungen gefunden werden können, als mit einem starren Festhalten an einfachen Lösungen auf Gesetzesebene. Die Geschäftsleitung dankt allen Beteiligten für die gedankliche Offenheit.

Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

**VAL. Rund fünfzig Logopädinnen und Logopäden trafen sich am 2. November zur jährlichen Mitgliederversammlung des VAL in der Sprachheilschule Lenzburg. Nach dem offiziellen Teil stellte Brigitte Tillner in ihrem Workshop «Handlungsorientierte Sprachspiele» kreative Ideen vor und betonte die Bedeutung der dreidimensionalen Handlungserfahrung von Kindern in der zunehmend digitalisierten Welt.**

Co-Präsidentin Eliane Flück eröffnete die 46. Jahresversammlung. Ein besonderer Dank galt der Sprachheilschule für die Gastfreundschaft und den offerierten Apéro. Der Vorstand startete in reduzierter Besetzung ins neue Vereinsjahr, denn beide Co-Präsidentinnen weilten im Mutterschaftsurlaub. Die anderen Vorstandsmitglieder überbrückten die Zeit perfekt und schon bald konnte man den diversen Geschäften wieder in vollzähliger Runde nachgehen.

### Jahresbericht

Anhand einer Arbeitszeiterhebung wurde die prozentuale Verteilung der Arbeitszeit auf die vier Berufsfelder für

die Logopädie erhoben. Die Daten sind aufgrund des geringen Rücklaufs leider nicht repräsentativ, doch Handlungsspielraum besteht in den Berufsfeldern 3 (Lehrpersonen) und 4 (Schule). Logopädinnen können direkt mit ihren Schulleitungen aushandeln, wie sie die Zeit dieser Berufsfelder für ihre Arbeit definieren.

Der VAL-Vorstand hat sich intensiv mit dem Projekt «Neue Ressourcierung Volksschule» auseinandergesetzt. Er möchte möglichst viele Erfahrungen und Überlegungen der betroffenen Logopädinnen aufnehmen und steht deshalb im Austausch mit diesen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen mithelfen, im definitiven Rahmenkonzept optimale Bedingungen für die Logopädie auszuhandeln. Die neue alv-Arbeitsgruppe «Interdisziplinäre Zusammenarbeit» erarbeitet Richtlinien zur Zusammenarbeit von Logopädie und Heilpädagogik im Bereich Schriftsprache, welche den Schulleitungen und Behörden als Wegweiser dienen sollen.

Zum Tag der Logopädie im März organisierte der Vorstand eine Lobbying-Aktion im Grossen Rat. Das Thema Lobbying



Der VAL-Vorstand in guter Laune trotz Verabschiedung von drei Vorstandsmitgliedern.  
Fotos: Linda Andrist.